



## **Informationsbüro vor dem Aus - keine Beratung mehr zum "Psychodschungel" ?**

### **Übersicht**

#### **Nachrichten, Kommentare und mehr**

- 13.12.05: Informationsbüro - keine Beratung mehr zu Psychotherapie und Alternativen
- 11.12.05: Start der 2. Modellprojektphase der Verbraucher- und Patientenberatung verzögert sich
- 26.09.05: Mädchen, die pfeifen... - Editorial
- 25.09.05: Protestaktion: Zwischenbilanz und Aussicht
- 22.09.05: Im Fernsehen: Machtmissbrauch in der Therapie
- 12.09.05: Spitzenverbände der Krankenkassen betonen, dass Entscheidung noch nicht gefallen ist
- 11.09.05: Protestaktion erfolgreich angelaufen
- 09.09.05: BAGP lehnt einen gemeinsamen Antrag mit dem »Informationsbüro« ab
- 06.09.05: Aufruf zu Protestaktion: Wollen Sie, daß diese Website erhalten bleibt? Wollen Sie uns auch weiter um Rat fragen können? Dann protestieren Sie!
- 04.09.05: Das AUS für das »Informationsbüro« ist besiegelt, es sei denn...
- 04.09.05: Verbraucherzentralen und Sozialverband VdK vor dem »Sieg«

#### **Presseinformation vom 06.09.05 »Psychotherapie-Patienten ohne Beratung« Protestbrief**

### **Nachrichten, Kommentare und mehr**

#### **13.12.05: Informationsbüro - keine Beratung mehr zu Psychotherapie und Alternativen**

Das Team des "Informationsbüros für Psychotherapie und Alternativen" hat mit Zustimmung des Vereins VESUV beschlossen, daß ab Mittwoch, dem 23. Dezember 2005, die Beratung - zumindest vorübergehend - eingestellt wird. Hintergrund: die Verzögerungen beim Start der 2. Modellprojektphase der Verbraucher- und Patientenberatung nach 65b SGB V und die anhaltende Unsicherheit, ob das Informationsbüro weiter gefördert wird.

Nach sechs Monaten unentgeltlicher Fortführung ihrer Arbeit sehen sich die ehemaligen Angestellten des Informationsbüros nicht mehr in der Lage, auch nur die derzeitige "Notberatung" aufrecht zu erhalten. Sie finden neben der Suche nach einer neuen Existenz keine Zeit mehr dafür. Die Website ist davon zumindest vorerst nicht betroffen - sie wird in eingeschränktem Umfang ehrenamtlich fortgeführt.

Wie es weitergeht, ist derzeit unklar. Nach wie vor ist nach Auskunft der Spitzenverbände der Krankenkassen nichts endgültig entschieden. Allerdings läßt das Ausbleiben jeglicher Kontaktaufnahme von Seiten der Bietergemeinschaften nichts Gutes hoffen: Verbraucherzentrale-Bundesverband, Sozialverband VdK und Verbund unabhängiger Patientenberatung haben sich bisher nicht mit einem Wort an das Informationsbüro gewandt. Die Protestaktion des Informationsbüros war also möglicherweise erfolglos - aber nichts Genaues weiß man nicht.

Trotz des fortbestehenden Schwebezustands sah sich das Informationsbüro zum Handeln genötigt. Eine unentgeltliche Fortführung der Beratungstätigkeit wurde zunehmend unmöglich, da die MitarbeiterInnen zum Teil neue Stellen angenommen haben, zum Teil ihre ganze Zeit darauf verwenden müssen, neue zu finden. Außerdem muß der Mietvertrag für das Informationsbüro in Kürze gekündigt werden (obwohl es in seinem Vermieter einen außerordentlich verständnisvollen Unterstützer gefunden hat). Versicherungen müssen gekündigt, diverse Dienste fristgerecht abbestellt und die Vorbereitungen zum Auszug getroffen

werden. Und außerdem: die finanziellen Mittel sind fast gänzlich aufgebraucht. Was bleibt, ist eine kurze Karenzzeit, in der sich die Dinge noch wenden können. Aber die läßt sich vom Informationsbüro nicht mehr in Ruhe überstehen - die Vorbereitungen für den schlechtesten Fall müssen sofort begonnen werden.

Bleiben drei Möglichkeiten:

1. es kommt doch noch zu einer Fortführung der Förderung als Modelleinrichtung,
2. eine unverhoffte RetterIn in der Not klopft an die Tür,
3. die Beratungstätigkeit wird ehrenamtlich irgendwann (und ohne Büro) wieder aufgenommen. Ein umfassender professioneller Service, wie das Informationsbüro ihn bisher geliefert hat, ist aber auf diese Weise nicht möglich - selbst wenn die gleichen Personen ihn anbieten würden.

Drücken Sie dem Informationsbüro die Daumen.

#### 11.12.05: Start der 2. Modellprojektphase der Verbraucher- und Patientenberatung verzögert sich

Eigentlich sollte sie am 1. Januar 2006 beginnen, die zweite Modellprojektphase der Verbraucher- und Patientenberatung nach §65b Sozialgesetzbuch V. Nun scheint sich der Start aber um ca. 2 Monate zu verzögern. Die Vergabeverhandlungen zwischen Spitzenverbänden der Krankenkassen einerseits und Verbraucherzentrale-Bundesverband, Sozialverband VdK und Verbund unabhängiger Patientenberatung andererseits sind noch nicht beendet.

Die für KlientInnen von Psychotherapie und Alternativen besonders spannende Frage, ob es eine spezialisierte bundesweite Anlaufstelle für Psychotherapie geben, und wer diese gegebenenfalls organisieren wird, ist noch nicht entschieden.

#### Mädchen, die pfeifen...

Editorial vom 26.09.05

**»Mädchen, die pfeifen, und Projekten, die krähen, soll man beizeiten den Hals umdrehn« - an diese alte Volksweisheit werden manche gedacht haben, die von unserer Protestaktion betroffen waren. An Stelle von Protestbriefen hatte man eher eine gewisse Dankbarkeit erwartet und ein Abwarten, bis eine Entscheidung über den Fortgang des Modellprojekts und seiner zweiten Phase gefallen war.**

In der Tat sind alle MitarbeiterInnen des Informationsbüros den Gremien und Organisationen dankbar, die durch ihr Votum die Teilnahme unseres Beratungsbüros an der ersten Modellphase ermöglicht haben. In der Sache selbst gibt es freilich keinen rechten Grund zur Dankbarkeit: Nach wie vor werden psychische Probleme und Psychotherapie von unserer Gesellschaft nicht ernst genommen. Über die Brosamen, die vom großen Kuchen des Gesundheitswesens für den Verbraucher- und Patientenschutz im Bereich psychische Probleme und Psychotherapie abfallen, kann man sich freuen - aber dankbar muss man nicht sein. Denn immer noch werden diese eher zum Thema von bunten Blättchen und Kummerkästen - und ansonsten als minder wichtiges, eben »nur« seelisches Problem angesehen.

#### Der, die, das.

Wie sonst soll man sich erklären, dass psychische Probleme immer häufiger auftreten - aber bestimmte psychotherapeutische Leistungen punktuell in einer Höhe entlohnt wurden und werden, wie sie in Ehrenämtern üblich ist: nämlich mehr oder minder gar nicht. 87 Cent für eine probatorische Sitzung ist nicht gerade ein Anreiz, solche Sitzungen durchzuführen, und bestimmt kein besonderer Grund, engagiert und pfleglich mit seinen KlientInnen umzugehen. dass die große Mehrheit der TherapeutInnen sich trotzdem darauf einlässt und gute Arbeit leistet, ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Aber niemand darf sich wundern, dass es andere AnbieterInnen gibt, die mit dieser Situation - aus Not oder Demotivation - anders umgehen. Und die, statt zu Heilen, viel Unheil anrichten.

Umso wichtiger sind Verbraucher- und Patientenschutz in diesem Bereich. Und der steht - nicht nur auf Grund der finanziellen Ausstattung - vor einer Herkulesaufgabe. Hunderte von Therapieverfahren, Zehntausende von AnbieterInnen sowie KlientInnen, deren überaus vielfältige Probleme sich zwar in ein paar wenige diagnostische Schubladen einsortieren lassen aber nichtsdestotrotz individuell und einzigartig bleiben - mit der absoluten Notwendigkeit zu auf den Einzelfall abgestimmten Hilfen. Und dazu eine

Last but not least: Es kommen Behandlungsverfahren zur Anwendung, die auf dem Umgang zwischen

TherapeutInnen und KlientInnen basieren und ihrer Bestimmung nach darauf aus sind, die sich im Rahmen einer Therapie entfaltende Beziehung als Mittel zum Zweck zu nutzen. Und wie das so ist mit menschlichen Beziehungen, entwickelt sich womöglich keine gute Beziehung, geht die Beziehung schief oder sie wird schamlos ausgenutzt. Therapeutische Ausbildung hin oder her. Dafür bezahlen die KlientInnen, deren Probleme verlängert oder verschlimmert werden, den höchsten Preis. Aber auch die Krankenkassen, und damit die Gesellschaft, werden zur Kasse gebeten, und das nicht zu knapp.

### **Wer, wie, was?**

In einer Zeit in der es überall heißt, Kosten zu sparen, und in der »mündige« und zuzahlende KlientInnen das Synonym für die Krankenkassen-Reform geworden sind, muss in Prävention und »Ausbildung« der VerbraucherInnen und PatientInnen investiert werden, um die Kosten für Behandlungen zu senken. Das ist allgemeiner Konsens - und eine Kalkulation, die einiges für sich hat. Mit kleinen Kosten große Kosten sparen, das ist die Devise.

Dann muss man das aber auch wirklich tun - und durchhalten.

In den letzten vier Jahren sind insgesamt zirka 30 Modellprojekte gefördert worden, die in großen Teilen Pionierarbeit geleistet haben. Selten war diese Arbeit von Anfang an optimal - denn natürlich gehören zur Entwicklung von Modellen auch schmerzhaft Lernprozesse. Aber den 5,1 Millionen Euro jährlich für den Verbraucher- und Patientenschutz im Gesundheitswesen stehen über 200 Milliarden Euro für Gesundheitsausgaben gegenüber (0,00255 %).

Im Jahre 2002 fielen über 20 Milliarden Euro Kosten allein für die Behandlung von »psychischen und Verhaltensstörungen« an. Im gleichen Jahr erhielt das Informationsbüro weniger als 200.000 Euro für seine kostensparende Tätigkeit in diesem Bereich (0,001 %).

In den letzten 4 Jahren sind also ca. 800.000 Euro an das Informationsbüro und damit in den Verbraucher- und Patientenschutz im Bereich psychische Probleme und Psychotherapie geflossen und in Aufbau, Ausbildung, Erkenntnisammlung und viel Informations- und Beratungs-Praxis umgesetzt worden. Hinzu kommen die Kosten für andere Modellprojekte, die in diesem Bereich tätig waren. Vielleicht nochmal die Hälfte dieser Summe. Würden diese verdienstvollen Projekte nicht weitergeführt, wäre die ganze Summe von mehr als einer Million Euro vertan.

### **Wieso, weshalb, warum?**

Schon jetzt sind die MitarbeiterInnen der ehemaligen Modelleinrichtungen entlassen. Und die großen Träger waren unter den ersten, die ihren MitarbeiterInnen die Kündigung zugestellt haben. Eine Weiterführung der Arbeit erfolgt allenfalls ehrenamtlich - und auf diese Weise ist die Arbeit auf Dauer nicht zu leisten. Nicht weil es an Engagement fehlen würde, sondern weil Ehrenamtler schon allein nicht genügend Zeit haben, um einen entsprechenden Betrieb dauerhaft aufrecht zu erhalten.

Die finanzielle Unabhängigkeit, die von allen Trägern gefordert wurde, ist eine Farce: woher sollen die Gelder kommen, die der Betrieb einer fundierten Verbraucher- und Patientenberatung kostet? Quersubventionierung aus anderen Einnahmequellen ist zwar denkbar, aber nur unter Einschränkung der sonstigen Tätigkeiten möglich - soweit überhaupt erlaubt. Und die »mündigen« PatientInnen können sicher keine kostendeckenden Gebühren für eine Beratung zahlen.

Wenn mit kleinen Kosten große Kosten eingespart werden sollen, werden die Krankenkassen oder der Staat den Löwenanteil der kleinen Kosten übernehmen müssen: denn sie sind es ja auch, die unmittelbar von den erzielten »Gewinnen« profitieren.

### **Wer nicht fragt, bleibt dumm...**

Wer nicht fragt bleibt dumm - das ist eine Devise, die sich Ratsuchende im Bereich psychischer Probleme und Psychotherapie in besonderem Maße zu Herzen nehmen sollten. Denn das, was ihnen von AnbieterInnen-Seite immer wieder nahe gelegt wird, »Vertrauen zu haben«, erweist sich in viel zu vielen Fällen als arglistiges Konzept zur ungestörten Ausschlichtung von PatientInnen - und sei es nur als Weihnachtsgans. Nicht, dass alle AnbieterInnen ÜbeltäterInnen wären - ganz im Gegenteil. Aber die »schwarzen Schafe« sind zu zahlreich. Da empfiehlt es sich, seinen Kopf nicht an der Garderobe der TherapeutInnen abzuhängen, sondern einen Rest von kritischem Verstand in die Therapiestunde mitzunehmen. Vertrauen ja, aber nicht blindlings und unbegrenzt.

Das ist nicht leicht, da viele KlientInnen vor allem eines ersehnen: endlich einem Gegenüber volles Vertrauen schenken zu können. Hier ein angemessenes Gleichgewicht von Vertrauen und wissenschaftlicher Achtsamkeit herzustellen, will erlernt sein. Und bei der Entwicklung einer entsprechenden

Einstellung zu helfen, ist die primäre Aufgabe von Verbraucher- und Patientenberatung in diesem Bereich. Wer sich mit dem Thema Verbraucher- und Patientenschutz im Bereich psychischer Probleme und Psychotherapie wirklich beschäftigt hat, weiß, dass der größte Teil der Arbeit nicht in der Beantwortung von einfachen Wissensfragen besteht, sondern in einem gemeinsamen »Clearing« der persönlichen Situation - zusammen mit den Ratsuchenden. In diesen Klärungsprozess werden von Seiten der BeraterInnen Kenntnisse und Beurteilungskriterien eingebracht. Das setzt PatientInnen voraus, die wissen wollen und »mündig« sind - oder bereit sind, es zu werden, sobald sie einsehen, dass es anders nicht schadlos möglich ist. Denn wer nicht fragt, bleibt dumm. Und hat damit das Nachsehen.

### **Tausend tolle Sachen, die gibt es überall zu sehen...**

Lässt sich ein derartiger Kommunikationsprozess von BeraterInnen leisten, die für diesen Spezial-Bereich des Gesundheitswesens notdürftig nachgeschult wurden? Oder anders gefragt: gibt es einen kostengünstigeren und effizienteren Weg zur »Betreuung« dieses Bereichs als in Form einer bundesweiten themenspezifischen Patientenberatung? Und noch anders: Warum muss es unbedingt das »Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen« sein?

Natürlich sind Alternativen zur Arbeit des Informationsbüros denkbar. Niemand ist unersetzlich. Und das Informationsbüro erhebt ja auch keinen Alleinvertretungsanspruch für den Bereich psychische Probleme und Psychotherapie. Mehr als das, wir bewundern den Ansatz einiger anderer Modellprojekte, die in diesem Bereich tätig sind. Nur sehen wir niemanden, der kurzfristig das übernehmen könnte, was das Informationsbüro tut.

### **...manchmal muss man fragen, um sie zu verstehen!**

Was ist an der Tätigkeit des Informationsbüros denn so Besonderes, werden einige fragen, die seine

- Als wichtigstes: Das Informationsbüro steht seinen KlientInnen **vor Beginn einer Therapie** zur Verfügung. Wer aus gutem Grund nicht einfach daran glaubt, dass TherapeutInnen es schon richten werden, sei es auf Grund einer weiter verbesserten Ausbildung und/oder auf Grund von Strafandrohungen, der muss sich an die Ratsuchenden selber halten. Denn bei entsprechender Vorbereitung stellen PatientInnen die besten Garanten gegen fehlgeschlagene oder missbräuchlich Therapien dar: außer den TherapeutInnen sind sie die einzigen, die wirklich wissen, was in einer Therapie »abläuft«.
- Da sich KlientInnen aber nicht immer sicher sein können, ob ihre Wahrnehmung zutreffend ist, brauchen sie Rat auch **während der Inanspruchnahme einer Therapie**. Resultat dieses in doppelter Hinsicht vorbeugenden Konzepts des Informationsbüros: Unter den von uns vorab und begleitend beratenen KlientInnen hat es u. W. noch keinen einzigen Fall von Missbrauch in der Therapie gegeben.
- Aber natürlich gibt es trotzdem KlientInnen, die schlechte Erfahrungen in der Therapie machen oder gemacht haben. Sie brauchen **nach dem Ende oder Abbruch ihrer Therapie** dringend einen kompetenten Ansprechpartner, der ihrer tief greifenden Verunsicherung entgegenwirkt und nach Möglichkeit weiterhilft.

Dieser Teil der Arbeit des Informationsbüros ist der öffentlichkeitswirksamste - aber er ist der im Sinne der Sache unbefriedigendste: denn »das Kind ist bereits in den Brunnen gefallen«. Emotionale Stabilisierung und Rechtshilfen sind dann wichtig - aber sie kommen eigentlich zu spät. Glücklicherweise beansprucht dieser Teil unserer Tätigkeit nur einen kleinen Teil der Arbeitszeit - der größte Teil kann zur Verhinderung solcher negativen Therapieverläufe eingesetzt werden.

- Das Informationsbüro informiert nicht nur über kassenfinanzierte Therapie, sondern über **das gesamte Angebotsspektrum** (einschließlich ganzheitlich-spirituellen Verfahren, Sekten, Psychogruppen u.a.m.). Das entspricht der Realität von Ratsuchenden, die je nach subjektiver Einschätzung und finanziellen Möglichkeiten zwischen kassenfinanzierter und privat bezahlter Therapie oder Alternative wechseln. Informationstätigkeit, die nur den kassenfinanzierten Teil der Therapie betreffe, wäre ineffizientes Stückwerk.
- Das Informationsbüro berät nicht nur persönlich, telefonisch oder per E-Mail, sondern es informiert auch per Internet. Auf diese Weise werden viele KlientInnen, Angehörige und Beratungs-Einrichtungen informiert, die weder Zeit noch Willen haben, sich auf eine individuelle Beratung einzulassen. Die Informationstätigkeit per Internet erreicht wesentlich mehr Menschen als die individuelle Beratung, aber geht naturgemäß auch weniger in die Tiefe. **Die Integration der Medien** ermöglicht viele

Synergieeffekte und hat sich in ihrem Zusammenwirken als ausgesprochen effizient erwiesen.

- Das Informationsbüro wendet sich **nicht nur an PatientInnen, sondern gleichermaßen an AnbieterInnen und Beratungseinrichtungen**. AnbieterInnen kann auf diese Weise vielfach die Sichtweise von KlientInnen nahe gebracht werden und den Beratungseinrichtungen die speziellen Eigenheiten und Besonderheiten des »Psychodschungels«.
- Schließlich hat das Informationsbüro ein **regionales »Standbein«**, in dem es zu persönlichen Begegnungen mit Ratsuchenden kommt. Die sind wichtig, um nicht abzuheben und den Kontakt zur Realität und zu den neuesten Entwicklungen zu verlieren.

#### **Der, die, das.**

Was bleibt ist die Frage nach der Zukunft einer qualifizierten Verbraucher- und Patientenberatung im Bereich psychische Probleme und Psychotherapie, wie sie das VESUV-Informationsbüro modellhaft entwickelt hat. Diese Entwicklung ist noch lange nicht an ihrem Ende angelangt. Sie bedarf der Weiterförderung: Einerseits, um sich zu einem wirklich bundesweiten Kompetenz-Center für psychische Probleme und Psychotherapie zu entwickeln, andererseits um ihr Spezial-Wissen in den Grundzügen an die allgemeinen Patientenberatungsstellen weitervermitteln zu können. Schließlich und nicht zuletzt, um den Ratsuchenden aus diesem vernachlässigten Bereich eine Stimme zu verleihen - und deren berechnete und immer neue Fragen und Beschwerden angemessen zu beantworten.

#### 25.09.05: Protestaktion: Zwischenbilanz und Aussicht

Knapp drei Wochen sind seit dem Beginn der Protestaktion des Informationsbüros für Psychotherapie und Alternativen vergangen. Erstaunlich viele Einrichtungen, Fachleute und Anbieterinnen haben sich dem Protest angeschlossen. Tenor der Reaktionen: Eine bundesweite Facheinrichtung, die sich ausschließlich auf die Probleme des Psycho-Marktes konzentriert, wird dringend gebraucht. Die Protestaktion läuft noch bis Ende September.

Auch die Spitzenverbände der Krankenkassen haben reagiert und mitgeteilt, es sei noch nichts entschieden. Und: keine Einrichtung habe einen Anspruch auf Förderung, aber man werde unvoreingenommen prüfen. Dazu erklärt Wolfgang Hippe vom Trägerverein des Informationsbüros: »Unser Anliegen war und ist es, mehr Aufmerksamkeit und Beachtung für den Bereich psychischer Probleme und Psychotherapie zu erreichen. Unsere Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass diese Probleme allzu leicht verdrängt werden.« Die Reaktionen bewiesen allerdings, dass man diesem Bereich mehr Beachtung als zuvor schenke: »Deshalb erscheint es uns sinnvoll, die Protestaktion mit Ende September anzuhalten. Wir hoffen, dass die zuständigen Gremien die prekäre Lage im Bereich psychischer Probleme und Psychotherapie in ihren Überlegungen zur Ausgestaltung der zweiten Modellphase der Verbraucher- und Patientenberatung berücksichtigen.«

#### 22.09.05: Im Fernsehen: Machtmissbrauch in der Therapie

Die Sendung »Frau TV« (WDR3 Fernsehen) berichtet am Mittwoch, dem 28.9.05, 22:00 Uhr, über Machtmissbrauch und andere Grenzüberschreitungen in der Therapie. Betroffene und Fachleute kommen zu Wort. Die Sendung kam unter Mitwirkung des Informationsbüros für Psychotherapie und Alternativen zustande und macht einmal mehr deutlich, wie dringend notwendig ein auf das Thema konzentrierter, vorbeugender Verbraucher- und Patientenschutz für den Bereich psychische Probleme und Psychotherapie ist. [Zur WDR-Seite](#)

#### 12.09.05: Spitzenverbände der Krankenkassen betonen, dass Entscheidung noch *nicht* gefallen ist

Die »Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen« (SPIK) betonen nachdrücklich, dass eine Entscheidung darüber, wer bei der Ausschreibung für die zweite Modellphase den Zuschlag erhalten wird, noch nicht gefallen ist. Die eingegangenen Bewerbungen würden nicht vor dem 15.9.05 geöffnet. Den Spitzenverbänden sei noch nicht einmal bekannt, wer sich bewerben werde. Insofern sei selbstverständlich auch noch keine Entscheidung gefallen. Natürlich habe es auch keine Vereinbarungen im Vorfeld gegeben.

Zu dieser Klarstellung sahen sich die Spitzenverbände auf Grund der Protestaktion des VESUV-Informationsbüros veranlasst – in der allerdings nichts anderes behauptet worden war. Ganz im Gegenteil waren die Spitzenverbände im Rahmen der Protestaktion ausdrücklich darum gebeten worden, mit ihrer Entscheidung den Erhalt des Informationsbüros und einer krankheitsspezifischen Beratung zum Thema psychische Probleme und Psychotherapie zu sichern. Marion Mohr, Geschäftsführerin des Informationsbüros, führt dazu in einer Stellungnahme aus: »Wir hoffen und vertrauen auf eine sachgerechte Entscheidung durch

die Spitzenverbände - im Sinne des Erhalts qualitativ hochwertiger Beratung und Information zum Thema psychische Probleme und Psychotherapie, wie sie von unserer Einrichtung geliefert werden. Dieses Thema ist allgemein viel zu lange als zweitrangig angesehen und entsprechend stiefmütterlich behandelt worden.«

Und weiter: »Wir haben nie angenommen oder auch nur vermutet, dass die Spitzenverbände die Entscheidung im Vorfeld bereits getroffen haben. Aber wir wollten sehr deutlich machen, dass psychische Probleme und Psychotherapie nicht verniedlicht werden dürfen und womöglich ein Modellverbund den Zuschlag für die zweite Modellphase erhält – welcher auch immer das sein mag –, der diesen Bereich nicht angemessen berücksichtigt.«

Die Protestaktion wird also fortgesetzt, der Text des Protestbriefs minimal verändert, um jegliche Missverständnisse auszuschließen.

#### 11.09.05: Protestaktion erfolgreich angelaufen

Schon in den ersten Tagen der Protestaktion haben wir guten Zuspruch gefunden. Erstaunlich, aber sehr erfreulich: der hohe Anteil von TherapeutInnen und anderen Fachleuten. Danke an alle!

Dabei hat ein Programmierproblem die Aktion massiv behindert: Bei vielen, die den Protestbrief als Mail verschicken wollten, reagierte der Link nicht. Offenbar ist es bei bestimmten Kombinationen aus Betriebssystem, Browser und Mail-Programm nicht möglich, auf die von uns vorgesehene einfache Weise die Protestmail zu verschicken. Wir haben deshalb zusätzlich eine alternative [Versendeanleitung ins Web gestellt](#), die zwar etwas komplizierter ist, aber dafür immer funktioniert. Wenn Sie also auf Grund solcher Probleme die Protestmail nicht verschicken konnten - jetzt können Sie...

#### 09.09.05: BAGP lehnt einen gemeinsamen Antrag mit dem »Informationsbüro« ab

Die »Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen« (BAGP), die sich mit einigen anderen Projekten zu einem Modellverbund (uP) zusammengeschlossen hat, wird einen Antrag für die zweite Modellprojektphase stellen. Die Mitglieder entschieden sich dabei mehrheitlich gegen eine Zusammenarbeit mit dem »Informationsbüro«.

Ein Grund: die Protestaktion für den Erhalt einer krankheitsspezifischen Verbraucher- und Patientenberatung zum Thema psychische Probleme und Psychotherapie. Die Protestkampagne des Informationsbüros würde die Erfolgsaussichten des Modellverbunds uP nach dessen Einschätzung schwächen. Außerdem würde das Informationsbüro durch seine Kampagne den Modellverbund Unabhängige Patientenberatung uP ab.

Das Informationsbüro nimmt dazu wie folgt Stellung:

Wir halten die "Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen" und den "Modellverbund Unabhängige Patientenberatung uP" für im besten Sinne patientenorientierte Organisationen. Wir wünschen ihnen auf jeden Fall viel Erfolg bei ihrem Antrag und hoffen, dass sie ihre wichtige Arbeit fortsetzen können.

Wir haben nie behauptet, dass für die Spitzenverbände der Krankenkassen das Ergebnis der Ausschreibung bereits feststehe - ganz im Gegenteil: Wir hoffen auf eine sachgerechte Entscheidung durch die Spitzenverbände. Uns geht es in erster Linie um das Wohl von Menschen mit psychischen Problemen. Nicht, weil wir diese Menschen für wichtiger halten als andere - sondern weil diese keine Lobby haben.

Und angesichts der Besonderheit und der großen Komplexität des Themas ist unserer Meinung nach nur eine spezifische Verbraucher- und Patientenberatung für den "Psychodschungel" in der Lage, diesen für die vielen Ratsuchenden zu lichten. Und diese Einsicht scheint weder bei den Verbraucherzentralen, noch beim VdK, noch bei der BAGP vorhanden zu sein. Das beweist nur, dass es notwendig ist, eben auf diese Besonderheiten besonders hinzuweisen.

#### 06.09.05: Aufruf zur Protestaktion

Wollen Sie, daß diese Website erhalten bleibt? Wollen Sie uns auch weiter um Rat fragen können? Wollen Sie auch weiterhin qualifizierte Information und Beratung zum »Psychodschungel«? Dann protestieren Sie!

Die schlechten Nachrichten kennen Sie nun. Die Gute ist, wir werden uns – auch im Namen der Psychotherapie-KlientInnen und AnbieterInnen – gegen diese Verniedlichung von psychischen Problemen und Psychotherapie wehren.

10 Prozent des gesamten Krankenstandes werden von psychischen Problemen verursacht, Tendenz steil ansteigend. Wer diesen Bereich so nebenbei bedienen will, verkennt die Brisanz und Wichtigkeit des Themas. Er betrachtet PsychotherapieklientInnen nach wie vor als »Scheinkranke« und PsychotherapeutInnen als »Pseudo-Doktoren«. Das paßt zum miserablen Honorierungssystem von Psychotherapie und erzeugt in unmittelbarer Konsequenz Behandlungsfehler und Mißbrauch. Wer dann auch noch eine qualifizierte und zielgenaue Verbraucher- und Patientenberatung für diesen Bereich einsparen will, macht das Chaos perfekt.

Dagegen muß man sich wehren. Dagegen müssen sich alle wehren, die davon betroffen sind oder sich für dieses Thema ernsthaft interessieren.

Wir werden uns dagegen wehren.

Aber wir brauchen Ihre Hilfe! Und die Ihrer Freunde und Bekannten, die Sie von der Wichtigkeit des Themas überzeugen können. Sprechen Sie jeden an, den Sie kennen. Protestieren Sie mit uns! Verschicken Sie unsere Protestmail und den Protestbrief.

Denn sonst heißt es schon morgen:

Tut uns leid, wir können Ihre Anfragen leider nicht mehr beantworten.

Tut uns leid, wir können unsere Website nicht mehr aktualisieren.

Tut uns leid, jetzt müssen Sie alleine zurecht kommen.

Tut uns leid, uns gibt es nicht mehr.

#### 04.09.05: Das AUS für das »Informationsbüro« ist besiegelt, es sei denn...

In Verhandlungen des »Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen« mit Verbraucherzentralen und VdK wurde - nach vielen Komplimenten für die Arbeit des Informationsbüros und vielversprechenden Gesprächen - vor zwei Wochen plötzlich das Messer gezückt: Man verzichte auf die Dienste des Informationsbüros. Man werde sich statt dessen auf die allgemeine Patientenberatung konzentrieren und einzelne Verbraucherberater entsprechend schulen. Das müsse reichen.

Wenn es dabei bleibt, bedeutet dies das Aus für das Informationsbüro, das Aus für qualifizierte Information und Beratung zu psychischen Problemen und Psychotherapie, das Aus für engagierte patientenorientierte Beratung. Denn eine erfolgversprechende Konkurrenz zu dem Gigantenverbund von Verbraucherzentralen und VdK ist bisher nicht in Sicht. Eine kleine Hoffnung aber bleibt: daß Politik und Spitzenverbände der Krankenkassen das Schlimmste verhindern.

#### 04.09.05: Verbraucherzentralen und Sozialverband VdK vor dem »Sieg«

Im Rennen darum, wer an der zweiten Modellphase der Verbraucher- und Patientenberatung teilnehmen darf, stehen die »Giganten« Verbraucherzentralen und Sozialverband VdK, die sich zu einem Modellverbund zusammengeschlossen haben, praktisch als Gewinner der Ausschreibung fest. Kurz vor Ablauf der Antragsfrist am 15. September gibt es kaum ernstzunehmende Konkurrenten. Die Strategie der wahrscheinlichen Sieger wurde ebenfalls bereits deutlich: Keine krankheitsspezifische Beratung mehr, keine Berücksichtigung kleiner Träger, keine Zusammenarbeit mit den patientenorientierten Beratungsstellen der Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen. Nur noch allgemeine Patientenberatung - durch die eigenen Einrichtungen. Die ausgeschlossenen Projekte können nur noch auf eine Intervention durch Politik und Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen hoffen.

**Presseinformation vom 05.09.05**

## Psychotherapie-Patienten ohne Beratung

Der psychotherapeutische Bereich ist einer der kompliziertesten und undurchschaubarsten des Gesundheitswesens. Aber Patienten mit psychischen Problemen brauchen angeblich keine qualifizierte Fachberatung bei ihrer Suche nach einer geeigneten Therapie. So sehen es jedenfalls der Bundesverband der Verbraucherzentralen und der Sozialverband VdK Deutschlands, die aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen bundesweit die Patientenberatung organisieren werden. Nach ihrer Ansicht reicht es, Patienten mit psychischen Problemen in Zukunft im Rahmen einer „allgemeinen Patientenberatung“ ohne „themenspezifische“ Ausrichtung zu beraten.

Dieser Schritt verkennt nicht nur die hochkomplizierte Lage im Bereich Psychotherapie und benachteiligt diese sprunghaft anwachsende Patientengruppe in unzumutbarer Weise, sondern zerschlägt auch bestehende Beratungsstellen, die in den letzten Jahren eine problemangemessene Betreuung mit großem Erfolg aufgebaut haben. Das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ wehrt sich mit einer Protestaktion gegen den Abbau qualifizierter Verbraucher- und Patientenberatung für den Bereich Psychotherapie und verlangt deren Erhaltung.

Bonussysteme, Zuzahlungen, freie Kassenwahl – durch die Gesundheitsreformen geraten Versicherte immer mehr in die Rolle von Kunden. „Ohne unabhängige und verständliche Gesundheitsinformationen können sie die ihnen zugedachte Rolle als mündige Patienten jedoch nicht wahrnehmen“ sagt Marion Mohr, Geschäftsführerin des Kölner Informationsbüros für Psychotherapie und Alternativen. Im Jahr 2000 hat der Gesetzgeber daher die Spitzenverbände der Krankenkassen verpflichtet, Einrichtungen der Verbraucher- und Patientenberatung mit jährlich 5,1 Millionen Euro zu fördern.

30 Modellprojekte aus verschiedenen Bereichen der Gesundheitsversorgung erhielten bislang Zuwendungen aus diesem Topf, darunter auch das Informationsbüro. Mit dieser Vielfalt soll nun Schluss sein. Die Spitzenverbände der Krankenkassen werden die Gelder zwei großen Verbänden übertragen, die die unabhängige Patientenberatung in Zukunft organisieren sollen. Schon jetzt zeichnet sich ab: Eine Fachinformationsstelle für Menschen, die unter psychischen Problemen leiden, wird es in diesem Rahmen nicht mehr

### Psychische Probleme nehmen dramatisch zu – Hilfsangebote gleichermaßen

„Rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung sind im Laufe eines Jahres von psychischen Störungen, wie beispielsweise Angst oder Depression, betroffen“, sagt Marion Mohr. Die Ursachen seien vielfältig, die Folgen messbar. In ihrem neuesten Gesundheitsreport weist die Techniker Krankenkasse nach, dass die Arbeitsunfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen - trotz allgemein sinkenden Krankenstandes - seit 2000 um 20 Prozent gestiegen ist. Damit stehen psychische Störungen erstmals an zweiter Stelle der Arbeitsunfähigkeitsursachen, direkt hinter Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems.

Mit der Zunahme der Erkrankungen wächst nicht nur die Nachfrage, sondern auch das Angebot an psychologischen Gesundheits-Dienstleistungen. Für Patienten ohne Fachkenntnisse ist der Psychomarkt in seiner Fülle aber schon jetzt kaum mehr zu durchschauen. „Wer auf der Suche nach professioneller Hilfe ist, sieht sich mit 250 unterschiedlichen Verfahren konfrontiert, die alle vorgeben, seelische Probleme zu lösen“, so Marion Mohr. Oft entschieden sich die Betroffenen daher mehr aus Zufall für ein Verfahren. Fehlbehandlungen und auch Missbrauch seien die Folge.

### Das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“

Umso wichtiger sind Einrichtungen wie das 1995 gegründete Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen in Köln. Auf seinen Gesundheitsseiten im Internet erfahren Ratsuchende alles über Kosten, Nutzen, Vorgehensweise und Risiken verschiedener Verfahren. Ein Team aus qualifizierten Psychologen und Pädagogen hilft zudem bei der Suche nach individuell passenden Angeboten, wie Therapien, Selbsthilfegruppen und vielem mehr.

Damit nicht genug: Ratsuchende werden nicht mit bloßer Information und ein paar kargen Adresszeilen entlassen, sondern ihre Kompetenz im Umgang mit Therapeuten wird im *vorhinein* gestärkt. Es wird ihnen aber auch Rat und Hilfe *während* der Therapie, sowie Unterstützung und Begleitung *nach* einer misslung-

nen oder missbräuchlichen Therapie angeboten.

Das präventive Angebot ist damit vollständig - ergänzt durch die einzigartige Funktion als Anlaufstelle für Psychotherapiegeschädigte. Ein integrierter Komplett-Service, der sich sprunghaft wachsender Nachfrage erfreut: Monatlich rund 11.000 Interessierte besuchen inzwischen die Website, 230 Anfragen von Ratsuchenden aus der ganzen Bundesrepublik werden Monat für Monat bearbeitet, die meisten per Telefon und Mail. „Die beeindruckende Steigerung bei der Nachfrage zeigt,“ so Dr. Jan Leidel, Leiter des Gesundheitsamts der Stadt Köln, „dass hier nach wie vor ein großer Bedarf besteht, der anderweitig nicht abgedeckt werden kann.“

„Unser Service ist bundesweit einzigartig“, so die Geschäftsführerin. Zwar bieten Krankenkassen, Ärzte – und Berufsverbände Gesundheits-Informationsdienste an. Diese informieren jedoch nur über Leistungen, die sie selbst anbieten bzw. finanzieren, m. a. W. sie beschäftigen sich ausschließlich mit kassenfinanzierter Psychotherapie. Alles, was sich außerhalb abspielt (und das ist nach Schätzungen mindestens noch mal so viel: Lebensberatung, Coaching, Training, ganzheitlich-spirituelle Verfahren und vieles andere mehr), existiert für diese Informationsdienste nicht – auch wenn die finanziellen Folgen unwirksamer und schädlicher Therapien letztlich zu Lasten der Krankenkassen gehen. „Wir hingegen stellen Patientinnen und Patienten das gesamte Informationsspektrum zur Verfügung - und ermöglichen ihnen so eine eigenverantwortliche, selbst bestimmte Entscheidung.“

### **Kein Informationsbüro mehr - und keine themenspezifische Verbraucher- und Patientenberatung für Psychotherapie**

Seit 2001 wurde das Informationsbüro von den Spitzenverbänden der Krankenkassen als Modelleinrichtung der unabhängigen Verbraucher- und Patientenberatung gefördert. Jetzt aber steht es vor dem Aus. „Unser Antrag auf Weiterförderung wurde von den beiden Organisationen, die das Geld zukünftig verteilen, abgelehnt“, erklärt Wolfgang Hippe, Vorstand VESUV. „Die jahrelange erfolgreiche Aufbauarbeit, die umfangreiche Datenbank, die Beratungskompetenz oder die Webseite, die mit Versicherungsgeldern finanziert wurde, wären damit für die Katz.“

Diese Entscheidung trifft nicht nur beim Team des Informationsbüros auf Unverständnis. „Angesichts der Zunahme psychischer Erkrankungen ist eine hochwertige themenspezifische Patientenberatung gerade für den Bereich Psychotherapie notwendiger denn je“, sagt Dr. Hermann-Josef Berk, langjähriger Vorsitzender des BDP-Landesverbandes NRW. „Das lässt sich nicht nebenbei und mit notdürftig nachgeschulten Mitarbeitern ‚runterreißen‘ – das bedarf in vielen Fällen langjähriger Erfahrung und spezieller Kenntnisse im Umgang mit Psychotherapie-Klienten. Ein bundesweites Kompetenzzentrum für Psychotherapie im Bereich der Verbraucher- und Patientenberatung, wie es das Informationsbüro darstellt, ist unverzichtbar. Es könnte die Mitarbeiter der ‚allgemeinen Patientenberatung‘ in einfachen Fragen schulen und würde bei allen anderen Fragen selber tätig. Was bei der jetzigen Planung raus käme, ist pure Geld- und Ressourcenverschwendung.“

Es widerspricht übrigens auch den „Schlussfolgerungen für die zweite Projektphase“, wie sie Erwin Dehlinger vom AOK-Bundesverband zusammengefasst hat. Danach gehört zu den *Kernaufgaben* der Modellverbände: der „Aufbau und Betrieb exemplarischer, themenspezifischer und überregionaler Beratungs- und Informationsangebote“.

### **Protestaktion**

Auf diesem Hintergrund wird das Informationsbüro aus Protest seinen Antrag auch direkt bei den Spitzen-

Außerdem ruft das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ zu einer Protestaktion auf: Es fordert alle betroffenen und interessierten Personen, Einrichtungen und Verbände auf, für die Erhaltung einer qualifizierten Verbraucher- und Patientenberatung im Bereich Psychotherapie einzutreten und mit einem Protestbrief gegen die jetzige Entscheidung zu protestieren.

#### *Kontakt:*

#### **V E S U V – Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen**

Münstereifelerstraße 16, 50937 Köln, Tel: 0221 / 420 13 84, Fax: 0221 / 430 820 10

Mail: [informationsbuero@vesuv-ev.info](mailto:informationsbuero@vesuv-ev.info) - Web: [www.psychotherapie-netzwerk.de](http://www.psychotherapie-netzwerk.de)

Ansprechpartnerin: Marion Mohr (Geschäftsführung) Mobil : 0173 / 27 77 957

Mail: [marion.mohr@vesuv-ev.info](mailto:marion.mohr@vesuv-ev.info)

## Protestbrief in der Fassung vom 18.09.05

### **Sehr geehrte Damen und Herren!**

**Ich habe mit großer Bestürzung zur Kenntnis genommen**, dass der Zuschlag für die zweite Modell-Phase der Verbraucher- und Patientenberatung nach § 65 b SGB V mit einiger Wahrscheinlichkeit an Modellverbände, wie z.B. den aus Verbraucherzentralen und VdK, gehen wird, *die in diesem Zusammenhang planen:*

- nur noch eine „allgemeine Patientenberatung“ anzubieten und keine qualifizierte „themenspezifische Beratung“ zum Thema psychische Probleme und Psychotherapie
- dass deshalb von ihnen auf einen Vertragsabschluß mit dem „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ verzichtet worden ist
- was bei einem Zuschlag an sie zugleich bedeuten würde, dass dem Informationsbüro die notwen-

**Ich möchte alle**, die an der Entscheidung beteiligt sind oder Einfluss darauf haben, in erster Linie die Spitzenverbände der Krankenkassen, dringend darum bitten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine solche Fehlentwicklung zu verhindern.

Denn *psychische Probleme*

- stiegen zwischen 1997 und 2004 dramatisch um 70 Prozent an (Anzahl Fälle psychischer Erkrankungen, Quelle: DAK)
- stellen 2004 9,8 % des gesamten Krankenstandes (Quelle: DAK)
- verursachten im Jahr 2004 zehn bis fünfzehn Prozent aller Fehltage von ArbeitnehmerInnen (Quelle: DAK, TK)
- beschäftigen bundesweit Zehntausende von Psychotherapeuten (mehr als 20.000) und sonstige Therapeuten und Anbieter (nach Schätzungen mindestens noch mal so viel)
- werden mit bis zu 250 verschiedenen Verfahren behandelt, darunter viele unwirksame und teils auch gefährliche – mit hohen Folgekosten durch Fehlbehandlungen und Folgetherapien
- verursachten bereits 2002 allein im Gesundheitswesen Kosten in Höhe von 22,4 *Milliarden* Euro (für „psychische und Verhaltens-Störungen“, Quelle: Statistisches Bundesamt) – *zuzüglich* einer nach Schätzungen gleich hohen Summe aus rein privaten Aufwendungen

Die Ausgaben für Verbraucher- und Patientenberatung sollten sich vor allem an der Dringlichkeit und Häufigkeit der Krankheiten bzw. Probleme orientieren. Wenn psychische Probleme 10 % des gesamten Krankenstandes verursachen (mit steigender Tendenz), dann sollte in einem entsprechenden Umfang über diese Probleme und ihre Behandlung beraten und aufgeklärt werden.

Das „Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen“ benötigt für seine (kostensparende) Tätigkeit nur zirka 250 *Tausend* Euro jährlich. Mit anderen Worten ein Zwanzigstel (4,9 %) der gesetzlich vorgesehenen Gelder für die Verbraucher- und Patientenberatung nach § 65 b SGB V (5,1 Millionen). Dafür konnten vom Informationsbüro bisher *im Schnitt* monatlich 230 Menschen qualifiziert beraten und 11.000 Website-Besucher zielgenau informiert werden (Stand: März 2005).

### **Ich fordere daher gemeinsam mit allen anderen Betroffenen**

- den Erhalt einer *themenspezifischen* Verbraucher- und Patientenberatung für den Bereich psychische Probleme und Psychotherapie
- die Förderung des „Informationsbüros für Psychotherapie und Alternativen“ als bundesweites Kompetenz-Zentrum für psychische Probleme und Psychotherapie im Rahmen der Verbraucher- und Patientenberatung nach § 65 b SGB V

**Absender:** (bitte Datum, Namen, Vornamen und vollständige Adresse eintragen)

## Verschicken des Protestbriefs als E-Mail

Wir möchten alle, denen psychische Probleme und Psychotherapie am Herzen liegen und die unsere Arbeit für sinnvoll und nützlich halten, bitten, den von uns aufgesetzten Protestbrief zu verschicken. Die Mail richtet sich an die zuständigen Stellen der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen, an die Partner des Modellverbundes, die unseren Antrag abgelehnt haben, an die zuständigen Ministerien, sowie an einige GesundheitspolitikerInnen. Außerdem geht eine Kopie der Mails an unsere Adresse – damit wir sie gesammelt den entsprechenden Stellen vorlegen können.

Heißblütige "Sympathisanten" unserer Einrichtung bitten wir dringend um folgendes: Sprechen Sie gerne alle Bekannten an, denen unsere Sache aus eigenem Interesse am Herzen liegen könnte, überzeugen Sie sie von unserer Arbeit – aber verschicken Sie bitte diesen Protestbrief nicht in anderer Leute Namen! Benutzen Sie nur Ihren eigenen Namen, die richtige Adresse und das alles keinesfalls mehrfach. Wir möchten keinen Spam produzieren, sondern zu ernsthaftem Protest aufrufen. Sonst würde dieser Protest nicht ernst genommen. Wenn sich herausstellen würde, dass die Hälfte der Adressen falsch ist oder die angeblich Protestierenden nichts davon wissen, wäre der Protest verpufft.

- [Um den Protestbrief als Mail zu verschicken klicken Sie bitte hier](#)  
(Neufassung der Versendeanleitung auf Grund technischer Probleme)

Empfänger der Protest-Mail:

1) AOK Bundesverband: Bundesvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Ahrens; der Leiter der AOK Dependence Berlin, Erwin Dehlinger, 2) Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Vorstandsvorsitzender Wolfgang Schmeink, 3) Verbraucherzentralen Bundesverband, Vorstand Prof. Dr. Edda Müller, 4) Sozialverband VdK Deutschland, Präsident Walter Hirrlinger, 5) Die Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherung Ulla Schmidt, 6) Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung Helga Kühn-Mengel, 7) Die Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Elly Künast, 8) MdB Horst Seehofer (CSU, Sozialverband VdK Bayern), 9) MdB Andreas Storm (CDU), 10) MdB Wolfgang Zöllner (CSU) 11) MdB Erika Lotz (SPD), 12) MdB Detlef Parr (FDP), 13) MdB Birgitt Bender (Die Grünen) 14) Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Bundesverband, 1. Vorsitzende Barbara Stolterfoht, 15) VESUV –Informationsbüro für Psychotherapie und Alternativen

## Zusätzlich: Verschicken des Protestbriefs per Post

Da Mails nach wie vor nur eine begrenzte Glaubwürdigkeit besitzen, möchten wir alle, die ein bisschen mehr Zeit erübrigen können, um folgendes bitten: Schicken Sie den Protestbrief zusätzlich per Post (die

- [Wenn Sie hier klicken, öffnet sich zwecks Postversand eine PDF-Datei](#), die Sie ausdrucken müssen - bitte ergänzen Sie per Hand die fehlenden Angaben, unterschreiben Sie und versenden Sie den Protestbrief per Post.

Empfänger des Protest-Briefs:

AOK Bundesverband - Bundesvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Ahrens

**Verantwortlich:** Heiko Deters - Text: protestaktion-gesamt-051218.odt - Aktualisiert: 191205